

POLITISCHE JUSTIZ

„Im übrigen gilt ja hier derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht.“

Kurt Tucholsky

Fancy dress

Beim großangelegten Prozess (FoR 2008, 141) gegen vermeintliche Mitglieder der „militanten Gruppe“ (mg) in Berlin ging es bisweilen gelinde gesagt merkwürdig zu. Eine Armada von bewaffneten Polizisten begleitete jeden Prozesstag, Besucher wurden lückenlos durchsucht und der vorsitzende Richter reagierte gereizt auf Anträge der Verteidigung oder Geräusche von den Zuschauerbänken. Skurriler wurde es noch, als immer mehr Polizeizeugen und Sachbearbeiter von Bundes- und Landeskriminalämtern verkleidet im Zeugenstand erschienen. Mit dickem Make-up, falschen Bärten, Brillen und Perücken sagte gleich eine ganze Reihe von Beamten aus. Oft wurde nicht einmal der Nachname bekannt gegeben, sondern nur kryptische Dienstnummern. Auch der Vize-Präsident des Verfassungsschutzes der kürzlich vor Gericht aussagte, konnte die Anklage gegen die drei Anti-Militaristen nicht ernsthaft untermauern. Er weigerte sich, nähere Angaben zu ominösen V-Leuten und deren Aussagen zu machen. Somit bleibt ihr Beweiswert äußerst zweifelhaft. Der Prozess wird wahrscheinlich noch bis zum Sommer andauern. [kcm]

Spendenadresse für die Betroffenen unter www.rote-hilfe.de

Alter Faschist

Der ehemalige KZ-Wächter Iwan Demjanjuk (FoR 2008, 109) muss nun endlich seine Abschiebung nach Deutschland befürchten. Das bayrische Landeskriminalamt hat die Echtheit des SS-Dienstausweises bestätigt, ebenso wie der Bundesgerichtshof die Staatsanwaltschaft München für zuständig erklärte. Die Zuständigkeit Deutschland war zeitweise umstritten, da Demjanjuk weder deutscher Staatsangehöriger war noch die Verbrechen nicht auf deutschem Territorium begangen hat. Nachdem das Amtsgericht München Haftbefehl erlassen hat, wird „Iwan dem Schrecklichen“ hoffentlich in Deutschland der Prozess gemacht, mehr als 60 Jahre nach Kriegsende. [kcm]

Neue Faschisten

Nicht nur mit Demokratie oder Menschenrechten steht die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) auf Kriegsfuß, auch Buchführung und Spendenabrechnungen sind nicht der NPD's Sache. Mit einer Selbstanzeige des Parteivorstandes um Vorsitzenden Udo Voigt sollen schärfere juristische Konsequenzen abgewendet werden. Hintergrund sind unseriöse Buchungen und Spendenbescheinigung der Partei, die wohl nicht ganz den Gesetzen entsprachen. Dabei geht es insbesondere um den Rechenschaftsbericht aus dem Jahre 2006, in dem die Partaischulden wohl viel zu niedrig angegeben wurden. Neben parteiinternen Grabenkämpfen ärgern jetzt also auch drohende Rückforderungen der Bundestagsverwaltung die Hitler-Fans. [kcm]



Foto: Ulrike Bugak

„Heim ins Reich“

Endlich mal eine Abschiebung die gefeiert werden darf: Dänemark hat mit der Überstellung von Neonazis begonnen, die von deutschen Behörden per EU-Haftbefehl gesucht wurden. Normalerweise haben die skandinavischen Länder bei sog. Propagandadelikten keine Ausweisung von Verdächtigen vorgenommen. In dem jetzigen Fall hatten zwei Nazis von Dänemark aus europaweit CD's und T-Shirts von rechtsradikalen Bands vertrieben. Mit dem hohen Norden als Rückzugsgebiet für braune Versandhändler ist damit hoffentlich Schluss. [kcm]

Bürgernahe Schläger

Von Bürgerrechtsgruppen seit Jahren gefordert, jetzt scheinbar in greifbarer Nähe - Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte. Wer jemals auf einer Demonstration war, wird bestimmt den einen oder anderen brutalen Übergriff von PolizistInnen in martialischer Kampfuniform gesehen haben, der garantiert nicht mehr „verhältnismäßig“ war. Wenn es dann zu Ermittlungsverfahren wegen „Körperverletzung im Amt“ kommen soll, winken die Staatsanwaltschaften oft

ab. Kein Ermittlungserfolg in Aussicht, Personen-Beschreibungen wie „grüner Kampfanzug, Schlagstock, Helm und abschreckender Schnurrbart“ treffen auch ungefähr 100 Beamte zu, die am entscheidenden Tag im Einsatz waren. Hilfreich könnte da ein kleiner Aufnäher mit dem Nachnamen des „Freund und Helfer“ sein. Und genau das wünscht sich jetzt sogar Berlins Polizeipräsident, auch wenn so nach seinen Vorstellungen eher die allgemeine Bürgernähe unter Beweis gestellt werden soll als Ermittlungsverfahren zu ermöglichen. Riesen Aufschrei kommt natürlich von der Gewerkschaft der Polizei, die Racheakte „rechts- und linksextremistischer Gruppen [und] besoffener so genannten Fußballfans“ fürchtet und schon „Polizisten und deren Familien zu Freiwild von Kriminellen“ mutieren sieht. [kcm]

Arbeitslos?

Kein Problem, die Bundesarbeitsagentur (BA) hat super Jobangebote: Observationskraft im Dienste des Verfassungsschutzes! Anforderung ist „ein Interesse an politischen Zusammenhängen“, „körperliche Fitness“ und „die Bereitschaft zur Unterziehung einer Sicherheitsprüfung“. Und wer nicht spitzeln will, bekommt einfach die HartzIV-Bezüge gekürzt. So einfach ist das! Zu recht verurteilt der Bundesvorstand der Roten Hilfe daher dieses Vorgehen der BA. [kcm]

Infos zu Repression und Solidarität unter www.rote-hilfe.de

Skinhead-Terror in Russland

Mehr als 100 Morde im Jahr 2008 sind die Bilanz eines regelrechten Skinhead-Terrors in Russland. Zumeist trifft es Migranten und Personen, die als vermeintlich „Linke“ identifiziert wurden. Mit Messern und Schlag- und Schusswaffen wurden Opfer manchmal sogar vor laufender Handy-Videokamera getötet und verstümmelt. Nach Angaben von russischen Antifa-Initiativen begegnet die Polizei der Gewalt zurückhaltend bis gleichgültig. Zwar gab es vereinzelt Verurteilungen zu drakonischen Gefängnisstrafen, oft aber eben leider keinerlei Ermittlungserfolge. Schwerpunkte der Übergriffe liegen im Raum Moskau und St. Petersburg. [kcm]